Kindermedienschutz in Online-Medien – Optimierungspotenziale bei Angebotsvielfalt, Barrierefreiheit und Reichweite

ALEXANDER KORN

Kinder haben gemäß Artikel 12, 13 und 17 der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf Meinungsäußerung, das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit sowie das Recht auf Zugang zu Medien (vgl. UN Kinderrechtskonvention – Übereinkommen über die Rechte des Kindes – <http://www.national-coalition.de/pdf/UN-Kinderrechtskonvention.pdf>).

Letzteres wird in Artikel 17 weiter ausdifferenziert:

„Die Vertragsstaaten erkennen die wichtige Rolle der Massenmedien an und stellen sicher, dass das Kind Zugang hat zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen, insbesondere derjenigen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie seiner körperlichen und geistigen Gesundheit zum Ziel haben.“ Zum Schutz der Kinder im Rahmen der Mediennutzung sind die Vertragsstaaten gemäß Absatz e) desselben Artikels angehalten, „die Erarbeitung geeigneter Richtlinien zum Schutz des Kindes vor Informationen und Material, die sein Wohlergehen beeinträchtigen, zu fördern, wobei Artikel 13 (Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit) und 18 (Unterstützung der Eltern bei Erziehung und Betreuung) zu berücksichtigen sind.“

Begriffe wie „sittliches Wohlergehen“, „geeignete Richtlinien“ oder auch „geistige Gesundheit“ spannen einen weiten Interpretationsraum auf, welchen zu dechiffrieren jedoch nicht Gegenstand dieses Artikels sein soll. Stattdessen ist das Ziel primär eine pragmatisch-technische Analyse der Implementierung der genannten Schutzaufträge. Die Diskrepanz zwischen den oben aufgeführten, seit zwei Jahrzehnten offiziell ratifizierten, gesellschaftlichen Aufgaben und Verpflichtungen zu Schutz und Förderung von Kindern im Umgang mit Medien und der medialen und medienpolitischen Realität wird im Rahmen dieser Betrachtungen aus mehreren Perspektiven plastisch werden.

Im Hinblick auf die Bereitstellung kindgerechter Online-Angebote, sowie eines effektiven Schutzes von Kindern vor ungeeigneten Inhalten, bestehen fraglos fundamentale Defizite. Trotz einer Vielzahl bestehender Möglichkeiten und Angebote muss der Schutz von Kindern vor ungeeigneten Inhalten in virtuellen Räumen im Status quo als bei Weitem nicht ausreichend gewährleistet betrachtet werden.

Die nachhaltige Verbreitung kindgerechter Angebote scheitert unter anderem oftmals an unzureichenden oder fehlgeleiteten Marketingstrategien der Betreiber, an der Passage der Membran zwischen Produzenten zu Multiplikatoren und Nutzern sowie an grundlegenden strukturellen Defiziten in der Multiplikatoren-ausbildung.

Die Argumentationsschemata zur Rechtfertigung dieses Zustandes folgen, soweit überhaupt bewusst und eingestanden, häufig charakteristischen Stereotypen: technisch sei eine wirksame Filterung nicht realisierbar, Eltern und Lehrer kämen ihrer medienpädagogischen Verantwortung unzureichend nach, die zugrundeliegenden Technologien seien zu schnelllebig und komplex, etc. Diesen tendenziell lethargisierenden Argumentationsmustern liegt häufig ein elementares Unverständnis für die Medienrealität von Kindern und Jugendlichen zugrunde, für die Technologien, welche Online-Medien verfügbar machen (z. B. Web-Programmiersprachen, Zugangs-Software, Firewalls etc. – vgl. ARD: „Kinderreporter: Politiker im Internet“, www.youtube.com/watch?v=C0Q41F6m1_E), und letztlich für die Notwendigkeit einer massiven Erhöhung der Investitionsbereitschaft in die medienpädagogische Ausbildung von Lehrkräften und Erziehern.

Wo im Jugendmedienschutz bereits grundlegende und erhebliche Defizite bestehen, ist der Kindermedienschutz überhaupt nur rudimentär im Netz präsent. In diesem ohnehin defizitären Bereich, in welchem sich das Aktionsspektrum staatlicher Organe nur allzu oft in populistischer Symbolpolitik erschöpft, kann demnach noch ein weiterer, hochdefizitärer Bereich ausgemacht werden: Der Kindermedienschutz in Online-Medien befindet sich entgegen einer Konvention, welche seit nahezu zwei Dekaden in Kraft ist, in einem Zustand am Rande der Wahrnehmbarkeit. In einer im April 2009 an der PH Ludwigsburg vorgelegten wissenschaftlichen Hausarbeit unter Betreuung von Prof. Dr. Niesyto wurden etablierte Online-Angebote aus dem Bereich Kinder- und Jugendmedienschutz systematisiert anhand spezifischer Analyse Kriterien (*Usability, Accessibility, Search-Engine-Optimization*) begutachtet und Optimierungspotenziale abgeleitet. Die Resultate der Quellcode-Analysen zeigten erhebliche Defizite bei mehreren der etablierten Dienste, insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit, Usability und Reichweite.

Das Analysefeld wurde aufgespannt aus der exemplarischen Untersuchung von vier etablierten Online-Angeboten aus dem Bereich Kinder- und Jugendmedienschutz im deutschsprachigen Raum nach den weiter unten aufgeführten Analyse Kriterien sowie aus dem

Kontext aktueller medienpolitischer Diskussionen bezüglich der Implementierung von Filtertechnologien zur Sperrung kinderpornografischer Inhalte.

Der Versuch einer quantitativen Analyse auf Basis anonymisierter Server-Protokolldaten (*Server-Logs*) der ausgewählten Online-Angebote scheiterte leider bereits in einer frühen Phase aufgrund der kategorischen Verweigerung einer Zugänglichmachung dieser Datensätze unter Verweis auf geltende Datenschutzbestimmungen, beziehungsweise unter Hinweis auf eine generelle Geheimhaltung derartiger „Interna“. Auch die wiederholte Bekräftigung des rein wissenschaftlichen Verwendungszwecks dieser Daten sowie auf die Unmöglichkeit einer Herstellung individueller Nutzerbezüge aus anonymisierten Datensätzen (ohne IP-Adressen) änderte nichts an dieser Haltung. Dies stimmt nachdenklich, insbesondere aufgrund der öffentlichen Förderung aller angeschriebenen Online-Dienste, welche sich letztlich zu einem erheblichen Teil aus Steuergeldern finanzieren, sowie aufgrund des einhellig pauschalisierenden Hinweises auf Datenschutzbestimmungen, welche jedoch in keiner Weise durch die genannte Verwertung der Daten tangiert worden wären.

Auch ohne diese Datenbasis konnte jedoch eine gründliche Analyse der Auffindbarkeit der Angebote durch Suchmaschinen (*Page-Ranking*), der Usability und Barrierefreiheit, sowie der Programmierung und Standardkonformität der Websites durchgeführt werden.

Analysekriterien

Usability

Der Begriff der *Usability* beschreibt im Kontext der Gestaltung und Bewertung von Websites die Qualität der Realisierung einer, möglichst selbsterklärenden, Navigation, sowie einer wahrnehmungspsychologisch günstigen Anordnung und Bereitstellung der Inhalte.

Bei einer Website mit guter Usability (Nutzbarkeit) erschließt sich die Bedienung auch einem neuen und / oder technisch unbedarften Benutzer problemlos, die Nutzung der zu Verfügung gestellten Informationen wird nicht durch mangelnde Navigationstransparenz, zu kleine Schriften, geringe Farbkontraste oder anderen gestalterischen Mängeln behindert. Die Bereitstellung einer gelungenen Usability gilt gemeinhin als wichtigstes Ziel im Screen- und Webdesign (*User-Interface-Design*). Der Grundsatz „*form follows function*“ (frei übersetzt: *Erst die Funktion, dann das Design*) sollte jedem Gestalter von Internetdiensten wohlbekannt sein, wird jedoch häufig bei der Realisierung von Websites vernachlässigt – unter anderem aufgrund der Anwendung ungeeigneter Content-Management-Systeme, aufgrund veralteter Fachkenntnisse oder auch schlicht auf-

grund Kundenwunsch. Die „Zugänglichkeit“ (Accessibility) einer Website wird tragend durch die Usability definiert.

Zur Bestimmung und Optimierung der Usability von Websites wird in der Praxis häufig ein sog. Usability-Testing durchgeführt, in dessen Rahmen die Site unter kontrollierten Umgebungsparametern von Nutzern bedient und navigiert wird. Die Aktionen der Nutzer (Mausbewegungen und -Klicks) werden in sogenannten *Clickmaps* erfasst.

Zusätzlich werden über Kameras die Augenbewegungen und die Verweildauer des Blicks aufgezeichnet, woraus sich sog. *Heatmaps* sowie *Scanpaths* ergeben. Beide Formen der Darstellung visualisieren die Aufmerksamkeit, welche der Benutzer für die einzelnen Elemente und Strukturen der Website aufwendet (s. Abb.1 u. Abb. 2).

Abb. 1: Heatmap „Einfach für Alle“;
<http://www.web-blog.net/eyetrack/efa-heatmap1.jpg>

Abb. 2: Scanpath / Blickverlauf „Einfach für Alle“;
<http://www.web-blog.net/eyetrack/scanpath-efa.jpg>

Accessibility / Barrierefreiheit

Gemäß der zweiten Version der Web Content Accessibility Guideline (*WCAG 2.0*) des W3C Konsortiums stellt die Trennung von Inhalten und Layoutanweisungen die zentrale Säule einer zugänglichen und barrierefreien Website

dar (vgl. <http://www.w3.org/TR/WCAG/>). Das W3C-Konsortium definiert und standardisiert Web-Technologien (z. B. HTML, CSS, XHTML) und ist in dieser Funktion global weitgehend anerkannt (<http://www.w3.org>).

Die Trennung von Layout und Inhalt wird in der technischen Umsetzung von Websites über eine konsequente Verwendung von HTML (*Hypertext Markup Language*) für die Bereitstellung der Inhalte sowie von CSS (*Cascading Style Sheets*) für Layout- und Designanweisungen realisiert. Beispielsweise sollen Tabellenstrukturen, welche lange Zeit auch, in zum Teil komplexen Verschachtelungen, für das Layout von Websites verwendet wurden, gemäß der Accessibility-Guideline ausschließlich für die Bereitstellung von Informationen in tabellarischer Form genutzt werden, nicht zur Realisierung eines Seiten-Layouts.

Die Vorteile einer klaren Trennung von Gestaltung und Information sind vielfältig: Einer der wichtigsten Faktoren ist die verbesserte Kompatibilität mit Screen-Readern und Braille-Lesegeräten, wodurch sehbehinderten Nutzern der Zugang zu Online-Inhalten massiv erleichtert wird. Wichtig sind in diesem Kontext auch eine konsequente Auszeichnung von Grafiken mit sogenannten *Alt-Texten* (Alternativ-Texten) sowie eine möglichst grundsätzliche Unterlassung der Verwendung von Grafiken für die Navigationselemente einer Website. Eine Beherzigung dieser Richtlinien führt auch zu einer vereinfachten Ausgabe der Inhalte auf mobilen Endgeräten sowie zu einer besseren Indexierbarkeit durch Suchmaschinen.

Suchmaschinenoptimierung (Search-Engine-Optimization / SEO)

Der Begriff *Search-Engine-Optimization* (SEO) bezeichnet unter anderem die gezielte Auszeichnung von Websites mit Meta-Informationen, welche von Internet-Suchmaschinen ausgelesen und für eine Indexierung der Seiteninhalte genutzt werden. Die wichtigsten Meta-Informationen, welche zu diesem Zweck in den sogenannten *Head* der HTML-Dateien integriert werden, sind die *Keywords*- und *Description-Tags* (Auszeichnungen). Die Auswahl und Implementierung dieser Auszeichnungen bestimmt neben dem eigentlichen Inhalt der Seite tragend mit, unter welchen Schlüsselwörtern die Website von Suchmaschinen aufgefunden wird.

Techniken zur Suchmaschinenoptimierung, welche im Rahmen des Webdesigns angewandt werden oder deren Anwendung unterlassen wird, sind von elementarer Bedeutung für die Wahrnehmbarkeit und Reichweite einer Website und entscheiden daher oftmals über Erfolg oder Misserfolg eines Online-Angebotes. Vom Schalten bezahlter Werbung

(z. B. via *Google Adwords*) abgesehen, sind Suchmaschinen hierbei äußerst „unbestechlich“, da die Indexierung von Webinhalten von automatisierter Software, sogenannter *Robots* oder *Spiders*, vorgenommen wird.

Strategien zur Implementierung von Kinder- und Jugendschutz in virtuellen Räumen

Aufklärung und Multiplikation

Die tragende Säule eines bewussten und kompetenten Umgangs mit Online-Medien bildet eine differenzierte Kenntnis über deren Form und spezifische Eigenschaften. Nur durch die Vermittlung einer umfassenden Medienkompetenz kann das komplexe Feld unterschiedlicher Online-Dienste von Kindern und Jugendlichen bewusst, verantwortlich und gestalterisch genutzt werden. Die Erfassung der potenziellen Subjektivität / Relativität der zugänglichen Informationen, die möglichen Konsequenzen und Gefahren einer Preisgabe persönlicher Daten sowie die prinzipielle Zugänglichkeit gänzlich ungeeigneter Inhalte (z. B. Hardcore-Pornografie, schwere Gewaltdarstellungen etc.), erfordern die Ausbildung sensibilisierter Wahrnehmungs- und Bewertungskompetenzen. Die Vermittlung dieser Kompetenzen ist eine zentrale Aufgabe, der sich alle analysierten Online-Dienste zu Recht verpflichtet fühlen.

Im Gegensatz zur Notwendigkeit der Vermittlung dieses anspruchsvollen Kompetenzprofils steht die oftmals fragliche Befähigung der derzeitigen Multiplikatorengeneration im Hinblick auf die Bewältigung dieser Aufgabe. Dieser „digital generation-gap“ besteht aufgrund einer Vielzahl von Faktoren: zum einen haben die allermeisten der heutigen Multiplikatoren Online-Medien schlicht nicht als Teil der eigenen Mediensozialisation erlebt. Hieraus resultiert häufig eine gewisse Hilflosigkeit oder Befremdung im Umgang mit digitalen Medien und der Navigation in virtuellen Räumen, welche insbesondere mit der Unbefangenheit der Herangehensweise von Kindern und Jugendlichen stark kontrastiert. Zum anderen wird einer Verbesserung dieses denkbar ungünstigen Umstandes von struktureller Seite nur äußerst langsam, und oftmals wenig nachhaltig, Rechnung getragen. In diesem Kontext ist es z. B. völlig unverständlich, dass die Vermittlung von medienpädagogischen Fachkompetenzen bis heute kein verbindlicher Bestandteil der Lehrerbildung ist. Offenbar scheinen große Teile der politischen und strukturellen Instanzen durch die Unterstützung punktueller Projekte sowie durch einen repetitiven Ruf nach verschärfter Gesetzgebung, Überwachung und Filterung ihrer Verantwortlichkeit genüge getan zu glauben.

Filterung

Um den Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention (s. Einleitung) gerecht zu werden, müsste in erster Linie sichergestellt sein, dass nach einer eventuellen Filterung noch genügend kindgerechte Inhalte zugänglich sind, um das Recht des Kindes am „Zugang zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen“ (UN-Kinderschutzkonvention, Artikel 17) zu gewährleisten. Dies wirft die Frage auf, ob dieser Zustand *vor* einer eventuellen Filterung überhaupt gegeben war. Diese Einschätzung ist sicher eine Frage der Interpretation des Begriffes „kindgerechte Inhalte“, jedoch darf die erstrebte Vielfalt bei näherer Betrachtung der vorhandenen Angebote zumindest angezweifelt werden.

Grundsätzlich weist der Ansatz einer Filterung zwei prinzipiell unterschiedliche Möglichkeiten auf: die *Blacklist-Filterung*, bei welcher unerwünschte bzw. als ungeeignet eingestufte Inhalte gezielt blockiert werden, alle anderen Inhalte jedoch frei zugänglich sind. Ein Beispiel für eine hocheffektiv implementierte Blacklist-Filterung ist die „Chinese Great Firewall“, über welche die chinesische Regierung politisch unerwünschte Inhalte blockiert, zumeist mit der Begründung moralischer Bedenklichkeit. Auch die Vorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Sperrung kinderpornografischer Inhalte stellt den Versuch der Implementierung einer Blacklist-Filterung dar. Eine *Whitelist-Filterung* basiert auf einem noch „radikaleren“ Ansatz: hierbei werden alle Inhalte gesperrt, sofern sie nicht explizit freigegeben wurden. Whitelist-Filter finden sich unter anderem bei vielen Kindersicherungsprogrammen sowie bei dezidierten Kinder-Suchmaschinen und stellen den Versuch der Schaffung eines Schutzraumes im Netz dar. Bei Kleinstkindern kann eine Whitelist-Filterung durchaus eine gangbare Option zur Selektion spezifischer Online-Inhalte sein. Bei allen anderen Nutzergruppen stellt dieser Ansatz jedoch einen zu drastischen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dar.

Diskussion

Um es vorsichtig auszudrücken lässt der aktuelle Status quo in allen Bereichen viel Raum für Optimierungspotenziale. Zwar ist es erfreulich festzustellen, dass verschiedene, umfangreich geförderte, „Leuchtturm-Projekte“ existieren, jedoch ändert dies leider nur wenig an den grundsätzlichen strukturellen Defiziten, insbesondere in der Multiplikatorenausbildung. Insofern stellt sich immer wieder die Frage nach der Nachhaltigkeit der Verwendung limitierter Ressourcen durch die öffentliche Hand.

In jedem Falle ist es fraglich, inwieweit sich die Investition umfangreicher Mittel in immer neue Projekte lohnt, solange die Curricula an den Hochschulen keine verbindliche Vermittlung von medienpädagogischem und computertechnischem Fachwissen in der Lehrerausbildung vorsehen. Hier herrscht dringender Nachbesserungsbedarf, und selbst wenn diesem sehr kurzfristig Rechnung getragen wird, geschieht dies schon überaus spät. Es zeigt sich die mangelnde Flexibilität einer über Jahre bürokratisch erstarrten Bildungspolitik in aller Deutlichkeit: Sie hinkt der technologischen Entwicklung um viele Jahre hinterher.

Dieser Zustand wirkt um so absurder im Kontext immer wieder aufkeimenden Debatten um neue restriktive bewahrpädagogische Ansätze. Große Teile der politischen Kräfte scheinen hier geeint mit rückwärtsgewandten Interessengemeinschaften, welche sich in populistischen Symbolismen oft gegenseitig zu überbieten scheinen. Eine ernsthafte Diskussion über die nachhaltige Implementierung moderner medienpädagogischer Ansätze wird mit großer Regelmäßigkeit von ebenso lauten wie undifferenzierten Rufen nach einer Verschärfung der Legislative und nach der Einführung von Zensur-Mechanismen übertönt.

Die exemplarische Analyse der Online-Dienste aus dem Bereich Kinder- und Jugendmedienschutz hinterlässt einen überaus ambivalenten Eindruck: Zwar sind die Angebote zum Teil sehr liebevoll gestaltet und bieten auch durchaus einen reichhaltigen Fundus an Informationen, jedoch werden bei näherer Betrachtung bei nahezu allen Anbietern erhebliche Mängel in der technischen Ausführung offenbar. So verschenkten zum Zeitpunkt der Untersuchung nahezu alle Dienste aufgrund von Defiziten in der Suchmaschinenoptimierung, insbesondere in der Auszeichnung mit Metainformationen, einen beträchtlichen Teil ihrer potenziellen Reichweite. Von standardkonformen barrierefreien Designs ist der Gros der Anbieter weit entfernt. Einige dieser Missstände wurden bereits in einer ersten Reaktion auf die Zugänglichmachung der Analysen beseitigt. Es bleibt ein erheblicher Optimierungsbedarf, welchem, im Sinne der Nutzer, hofentlich bald Rechnung getragen wird.